

## **Mehr sozialen und demokratischen Staat**

„Flossen weg von unserem Wasser“. Unter diesem Motto sammeln die Europäischen Gewerkschaften und andere Organisationen (z.B. Avaaz: [http://www.avaaz.org/de/unser\\_wasser\\_is\\_unverkauflich](http://www.avaaz.org/de/unser_wasser_is_unverkauflich) )

Unterschriften gegen die Profitabsichten (mit Wasser) von privaten Unternehmen und nicht wenigen Politikern, die auf der „Gehaltsliste“ der Konzerne stehen und den Einflüsterungen der Lobbyisten erlegen sind. Die EU versucht Gesetze auf den Weg zu bringen, die eine Ausweitung der Privatisierungen, insbesondere bei der Wasserversorgung, erleichtern würden. Aber es gibt auch Europaabgeordnete, die diese Politik für falsch halten. Sie sollen mit weltweit gesammelten Unterschriften unterstützt werden.

Die Gier nach Profiten ist ungehemmt. Riesige Vermögen der Superreichen, ausgepresst aus einer immer kleiner werdenden produktiven Bevölkerung, gieren nach Renditen. Weltweit steigt die Arbeitslosigkeit, immer mehr Menschen geraten auch in den Industriestaaten an die Armutsgrenze.

Es ist ein Stimmungswechsel zu beobachten. Selbst konservativ geführte Regierungen verlangen höhere Steuern für große Vermögen und eine Besteuerung der Finanzmärkte. Noch bleibt es meistens bei verbalen Forderungen. Es wird jedoch immer offensichtlicher, dass die kapitalistische Ideologie, insbesondere die neoliberale Fratze, sich gegen die Interessen von Bevölkerungsmehrheiten richtet.

Der Ausverkauf des kommunalen Vermögens in den letzten Jahrzehnten hat zu enormen Preiserhöhungen geführt. In Berlin wurden bei der Privatisierung der Wasserversorgung Profitzusagen an die Investoren gemacht, die an Mafiamethoden erinnern. Trotz Volksbegehren (auf Offenlegung der Verträge) mauert die Politik bis heute. Ein Rückkauf der Wasserrechte durch das Land Berlin, wird durch hohe Forderungen der Privaten erschwert.

Die Ergebnisse der neoliberalen Politik sind heute offensichtlich, die öffentliche Meinung zwingt zunehmend die politische Klasse zum Umdenken.

Sogar aus dem Land des „reinen“ Kapitalismus, in dem der Begriff „Sozialstaat“ auf die Liste der größten Staatsbedrohung gesetzt ist, sind Töne zu vernehmen, die in der Bushzeit unmöglich waren. Obama fordert ein mehr an Staat, eine Besteuerung der Reichen. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Besitzende Klasse nicht über genügend Intelligenz verfügt, um diesen einzigen Weg in eine mögliche Zukunft zu gehen. In dem Land herrscht bei weitem Teilen der Bevölkerung eine Armut, die den Zuständen in

Entwicklungsländern gleicht, was zu einer hohen Kriminalität, aber auch zu Passivität und ein Dahinvegetieren der Menschen führt, während die Reichen ihre Distrikte von schwer bewaffneten privaten Armeen bewachen lassen.

In der Bundesrepublik Deutschland sind im September Bundestagswahlen. Es ist davon auszugehen, dass die CDU/CSU wieder stärkste Partei wird. Die Grünen sind im Aufwind, aber die SPD hat ihre Glaubwürdigkeit wohl endgültig verloren. Politisch ist in diesem Land, dem es ökonomisch noch ziemlich gut geht, kein grundsätzlicher Wandel zu erwarten.

Von großer Wichtigkeit ist die Linkspartei. Sie wird zwar von allen anderen Parteien abgelehnt und möglichst ins Abseits gestellt, aber immer mehr Forderungen der Linkspartei, wie Mindestlohn, Ende der Privatisierungen von gesellschaftlichen Vermögen, Verbot von Kriegseinsätzen, höhere Steuern für Vermögende usw. werden von anderen Parteien übernommen. Auch wenn die Linkspartei bei Wahlen nur geringe Chancen hat und an der Macht im Bund nicht beteiligt wird, ist ihr Einfluss wichtig, um einer unpolitischen Mehrheit, die durch die Massenmedien dieser Gesellschaft mit Banalitäten und Schwachsinn vollgemüllt sind, eine Stimme zu geben, auch wenn diese Stimme von den Betroffenen nicht gewählt wird.

Dies hat die Bundesrepublik mit den USA und anderen Industriestaaten gemeinsam: die sogenannte Demokratie ist fest in den Händen der Besitzenden. Sie haben das Geld und die Macht, um Einfluss zu nehmen, um das Denken in einem Land zu bestimmen. Solange dieses kapitalistische System immer wieder neue Auswege, neue Märkte findet und den Menschen genügend Brot und Spiele bietet, wird sich nichts ändern.

Allerdings befindet sich die Welt aktuell in einem Stadium, dass die Grenzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems immer deutlicher werden lässt. Die Ausweitung der inneren (neue Produkte) und äußeren (neue Gebiete) Märkte ist an Grenzen geraten, die sich nicht unendlich ausweiten lassen (z.B. folgt daraus eine weiter zunehmende Zerstörung der Umwelt), was zu Krisen führt, die sich spiralförmig verstärken und immer größere Teile der Bevölkerung (große Teile der Mittelschichten) mit einbezieht.

Hans-Wilhelm Meyer (Februar 2013)

[www.ausbruchsversuche.de](http://www.ausbruchsversuche.de)